

PRESSEMITTEILUNG

SM

Drese: Enquetekommission „Jung sein in MV“ liefert wichtige Impulse für eine jugendgerechte Zukunft des Landes

Sozial- und Jugendministerin Stefanie Drese hat die Arbeit der Enquetekommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“ gewürdigt und die vorgelegten Handlungsempfehlungen als wichtige Grundlage für die weitere Gestaltung einer modernen Jugendpolitik im Land bezeichnet.

Schwerin, 18. Juni 2026

Nummer: 143

„Die Enquetekommission hat eindrucksvoll gezeigt, wie gewinnbringend die Zusammenarbeit von Politik, Wissenschaft, Praxis und jungen Menschen selbst sein kann. Es ist gelungen, engagierte Expertinnen und Experten aus unterschiedlichen Fachbereichen einzubinden und gemeinsam Handlungsempfehlungen zu erarbeiten, die nah an der Lebenswirklichkeit junger Menschen sind und eine große Bandbreite an Themen abdecken“, erklärte Drese im Rahmen der Abschlussveranstaltung der Enquetekommission am Mittwochabend.

Besonders hervorzuheben sei, dass viele Empfehlungen fraktionsübergreifend beschlossen wurden. „Das zeigt, dass die Belange junger Menschen über Parteigrenzen hinweg als zentrale Zukunftsaufgabe verstanden werden“, so die Ministerin.

Als außergewöhnlich bezeichnete Drese zudem den Beteiligungsprozess „#mitmischenMV“, der die Arbeit der Kommission begleitet hat. „Junge Menschen standen nicht nur im Mittelpunkt der Beratungen, sondern konnten ihre Perspektiven, Erfahrungen und Wünsche selbst einbringen. Dieses Beteiligungsformat war in seiner Form bislang einmalig“, so Drese.

Mit Blick auf die Ergebnisse der Kommission betonte Drese, dass die Empfehlungen zahlreiche Ansatzpunkte aufzeigten, um strukturelle Hürden für junge Menschen in Mecklenburg-Vorpommern abzubauen. „Kinder und

Ministerium für Soziales,
Gesundheit und Sport
Mecklenburg-Vorpommern
Werderstraße 124
19055 Schwerin
Telefon: 0385 588-19003
E-Mail: alexander.kujat@sm.mv-regierung.de
Internet: www.sozial-mv.de

V. i. S. d. P.: Alexander Kujat

Jugendliche brauchen verlässliche Orte, an denen sie sich treffen, engagieren, bilden und ihre Interessen vertreten können – unabhängig davon, ob sie in einer Stadt oder im ländlichen Raum leben. Deshalb ist es wichtig, bestehende Strukturen zu sichern und bedarfsgerecht weiterzuentwickeln.“

Positiv bewertete die Ministerin zudem die starke Berücksichtigung von Gesundheitsfragen in den Empfehlungen. „Ein gesundes Aufwachsen braucht nachhaltige Strukturen und wirksame Prävention. Die Vorschläge zur Förderung der körperlichen und psychischen Gesundheit junger Menschen greifen zentrale Herausforderungen unserer Zeit auf und ergänzen die Ziele unserer Landesstrategie Gesundheitsförderung und Prävention in sinnvoller Weise“, betonte die Ministerin.

Drese zog zugleich eine positive Bilanz der bisherigen jugendpolitischen Maßnahmen der Landesregierung. Bereits zu Beginn der Legislaturperiode sei mit der Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre ein wichtiges Signal für mehr politische Teilhabe gesetzt worden.

„Wir wissen, dass junge Menschen politisch interessiert sind und Verantwortung übernehmen wollen. Deshalb war es konsequent, mit dem Kinder- und Jugendbeteiligungsgesetz einen weiteren entscheidenden Schritt zu gehen“, erklärte Drese. Das Gesetz stärke die Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen auf kommunaler Ebene und verankere ihre Mitwirkung bei Entscheidungen, die ihre Lebenswelt betreffen.

„Politik auf Augenhöhe statt über die Köpfe junger Menschen hinweg – das ist der Anspruch des Gesetzes. Mehr als zwei Jahre nach seinem Inkrafttreten sehen wir bereits deutliche Fortschritte. In vielen Kommunen sind neue Beteiligungsgremien und Beteiligungsformate entstanden“, sagte die Ministerin. Zur Unterstützung dieser Entwicklung habe das Land neue Beteiligungsformate mit insgesamt 390.000 Euro gefördert.

Weitere wichtige Schritte seien mit dem Kinderschutzstrukturgesetz sowie der Rückübertragung des Landesjugendamtes in die Landesverwaltung erfolgt. Damit seien wesentliche Voraussetzungen geschaffen worden, um zentrale Empfehlungen der Enquetekommission umzusetzen und die Jugendhilfe im Land strategisch weiterzuentwickeln.

Als zentrales Zukunftsthema bezeichnete Drese die Stärkung der Demokratie. „Gerade die Enquetekommission und der Beteiligungsprozess #mitmischenMV haben gezeigt, wie wichtig demokratische Mitgestaltung für junge Menschen ist.“ Deshalb stelle das Land in den Jahren 2026 und 2027 jeweils 450.000 Euro für den Ausbau demokratischer Jugendarbeit bereit. Mit den Mitteln würden unter anderem Jugendverbände, das Beteiligungsnetzwerk MV, Fortbildungsangebote sowie Kinder- und Jugendfreizeiten unterstützt.

Abschließend betonte Drese, dass die Ergebnisse der Enquetekommission nicht das Ende eines Prozesses, sondern den Beginn weiterer gemeinsamer Arbeit markierten. „Die Handlungsempfehlungen liefern wertvolle Impulse für Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Entscheidend wird nun sein, die Erkenntnisse konsequent aufzugreifen und gemeinsam mit jungen Menschen an ihrer Umsetzung zu arbeiten. Denn eine jugendgerechte Zukunft Mecklenburg-Vorpommerns gelingt nur mit den jungen Menschen und nicht ohne sie.“